

Westfalahallen Dortmund

Vergabeverfahren Rahmenvertrag Brandsicherheitswachen

Bewerbungsbedingungen – Zusammenstellung von Informationen und Regelungen

Inhalt:

1	Einführung.....	3
1.1	Kurzbeschreibung der Aufgabe	3
1.2	Ziele des Verfahrensleitfaden.....	4
2	Das Vergabeverfahren	4
2.1	Auftraggeber	4
2.2	Gegenstand des Verfahrens	4
2.3	Grundlage des Verfahrens	4
2.4	Einsatzformen des Bewerbers.....	5
2.4.1	Teilnahmeanträge von Bewerbergemeinschaften	5
2.4.2	Einbindung von Nachunternehmern.....	6
2.4.3	Einbindung Dritter auf Seiten der Teilnehmer	6
2.5	Kommunikation und Rückfragen	7
2.6	Termine und Fristen	8
2.7	Objektsbesichtigung.....	8
2.8	Kostenerstattung und Entschädigung.....	8

2.9	Verfahrensänderungen	8
2.10	Sprache	9
3	Der Teilnahmeantrag.....	9
3.1	Frist / Ort für Teilnahmeanträge	9
3.2	Struktur und Form der Teilnahmeanträge.....	9
3.3	Eigentum / Urheberrecht / Rückgabe	10
3.4	Kennzeichnung von Geheimnissen	10
3.5	Weitere formale Anforderungen an die Teilnahmeanträge / Ausschlussgründe.....	10
3.5.1	Verspäteter Eingang	10
3.5.2	Unzureichende Form	11
3.5.3	Unvollständige Teilnahmeanträge / Angebote und Nachforderung	11
3.5.4	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen/Mittelstandskartelle.....	11
4	Vorzulegende Unterlagen und Mindestanforderungen.....	12
4.1	Vorzulegende Unterlagen.....	12
4.2	Anforderung an die Leistungsfähigkeit und Mindestanforderungen	12
4.3	Auswahl von Bewerbern im Teilnahmewettbewerb	13
5	Allgemeiner Hinweis zu den Vergabeunterlagen	15
6	Angebotsphase und Zuschlagskriterien	15
7	Unklarheiten und Rechtsschutz.....	17
7.1	Unklarheiten.....	17
7.2	Rügefristen.....	18
7.3	Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren	18

1 Einführung

1.1 Kurzbeschreibung der Aufgabe

Jedes Jahr organisiert die Westfalahallen Unternehmensgruppe mehr als 1.000 Veranstaltungen mit über 1,5 Millionen Besuchern aus den Bereichen Messe, Kongress, Tagung, Musik, Sport und Unterhaltung. Europa- oder weltweit führend in ihren Branchen sind die Messen JAGD & HUND, InterTabac und InterSupply, boe international und die CREATIVA. Auf rund 60 Messen präsentieren sich über 9.000 Aussteller. Damit gehört die Messe Dortmund deutschlandweit zu den stärksten Messestandorten für Gastveranstalter und ist Messeplatz Nummer eins in Westfalen. Das Kongresszentrum bietet als größter Tagungskomplex in Westfalen kombinierbare Säle und Hallen für 10 bis 10.000 Gäste. Die Westfalahalle zählt zu den legendärsten Konzert-, Event- und Rock-Arenen in Europa – denkmalgeschützt und mit einem Fassungsvermögen von bis zu 16.140 Menschen.

Auftraggeber ist die Westfalahallen Unternehmensgruppe GmbH (Tochterunternehmen: Messe Dortmund GmbH, Kongress Dortmund GmbH, Westfalahalle GmbH).

RAUM- UND HALLENANGEBOT:

- + 9 Messehallen
- + Kongresszentrum
- + Westfalahalle
- + Tagungshotel
- + Restaurant
- + Konferenzräume am Dortmunder Flughafen

BESUCHER:

- + 1,5 Millionen jährlich

ANGEBOT:

- + Publikums-, Fach- und Gastmessen / Kongressmessen / Großevents
- + Kongresse / Konferenzen / Tagungen / Firmenveranstaltungen
- + Unterhaltung / Konzerte / Sportevents
- + Gastronomie / Feiern / Catering

Die Auftragnehmerin übernimmt die Durchführung von Brandsicherheitswachen bei Veranstaltungen, Messen und Sonderformaten.

Da Art und Umfang der künftig stattfindenden Veranstaltungen nicht absehbar sind, erfolgt die Beauftragung im Rahmen einer Rahmenvereinbarung ohne Zusage eines Mindestabrufs. Gesucht wird eine leistungsfähige und fachkundige Auftragnehmerin, die eine bedarfsgerechte, flexible und qualitätsgesicherte Bereitstellung der genannten Dienstleistungen gewährleistet.

Der Vertrag hat eine Grundlaufzeit von 2 Jahren und verlängert sich um 4 Mal ein Jahr, wenn er nicht mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf von dem Auftraggeber schriftlich gekündigt wird. Die Höchstabrufmenge pro Jahr liegt bei 600.000 Euro netto.

1.2 Ziele des Verfahrensleitfaden

Dieser Verfahrensleitfaden soll alle Interessenten in die Lage versetzen, zu entscheiden, ob sie sich an dem Verfahren beteiligen wollen, und einen wertungsfähigen Teilnahmeantrag einzureichen.

2 Das Vergabeverfahren

2.1 Auftraggeber und Vergabeplattform

Auftraggeber des Verfahrens ist

Westfalahallen Unternehmensgruppe GmbH
Strobelallee 45
44139 Dortmund

Das Verfahren wird abgewickelt über einem Projektraum beim Deutschen Vergabeportal (DTVP).

2.2 Gegenstand des Verfahrens

Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe eines Rahmenvertrags über Brand-sicherheitswachen.

2.3 Grundlage des Verfahrens und Verfahrenswahl

Der Auftraggeber verfährt nach den Regelungen des Gesetzes gegen Wettbe-werbsbeschränkungen (GWB), der Vergabeverordnung (VgV) sowie dem Tarif-treue- und Vergabegesetz NRW (TVgG-NRW).

Der Bieter hat einen Rechtsanspruch auf Anwendung dieser Bestimmungen. Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen diese Vergabebestimmungen kann sich der Bewerber bzw. Bieter an die am Ende dieses Verfahrensleitfadens genannte Vergabekammer wenden.

Verfahrensart: **Nichtoffenen Verfahrens
mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb**

2.4 Einsatzformen des Bewerbers

Im Rahmen der Teilnahmeanträge steht es jedem Wirtschaftsteilnehmer frei, in welcher Konstellation (Einzelbewerber, mit/ohne Nachunternehmer, Bewerbergemeinschaft, etc.) er sich beteiligen möchte. Auf die u.g. Mindestanforderungen wird hingewiesen.

2.4.1 Teilnahmeanträge von Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften sind in diesem Verfahren zugelassen, soweit ihre Bildung durch die jeweiligen Mitglieder rechtmäßig ist bzw. den Wettbewerb nicht unzulässig einschränkt. Eine Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung (Vordruck in den Unterlagen enthalten) abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder mit postalischer Anschrift und unter Bezeichnung ihrer Vertretungsverhältnisse aufgeführt sind und ein von allen für die Durchführung des Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- dass dieser bevollmächtigte Vertreter gegenüber dem Auftraggeber alle Mitglieder rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner haften.

Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch für die angebotene Leistung.

Auf Verlangen des Auftraggebers hat die Bewerbergemeinschaft innerhalb von sechs Kalendertagen die Gründe der Bildung der Bewerbergemeinschaft darzulegen.

2.4.2 Einbindung von Nachunternehmern

Der geplante Einsatz von Nachunternehmen – zu welcher Leistungsart und für welchen Zeitraum auch immer – ist noch nicht mit dem Teilnahmeantrag, sondern sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch der Art nach grundsätzlich erst im Angebot mitzuteilen.

Beabsichtigt der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft, sich zum Nachweis der eigenen Leistungsfähigkeit auf die Leistungsfähigkeit eines Nachunternehmens zu berufen, so hat der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft bereits in dem Teilnahmeantrag

- anzugeben, welche Leistungsbereiche in welchem Umfang von diesen Nachunternehmen im Auftragsfall übernommen werden sollen;
- die vorgesehenen Nachunternehmen zu benennen;
- für diese die Unterlagen / Erklärungen in dem unter Ziffer 4.1 genannten Umfang vorzulegen;
- die rechtsverbindliche Erklärung der benannten Nachunternehmen über deren Zusicherung, im Fall der Beauftragung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft die erklärten Nachunternehmerleistungen als Nachunternehmen zu erbringen, vorzulegen. Ein vergleichbarer Nachweis zu dieser Verpflichtungserklärung wird akzeptiert.

2.4.3 Einbindung Dritter auf Seiten der Teilnehmer

Beabsichtigt der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft, sich zum Nachweis seiner / ihrer finanziellen, wirtschaftlichen oder technischen Leistungsfähigkeit auf Dritte zu berufen, so muss er / sie mit seinem / ihrem Teilnahmeantrag eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Dritten vorlegen, nach deren Inhalt die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die entsprechenden Ressourcen des Dritten nachgewiesen wird. Der Bewerber kann auch einen gleichwertigen Nachweis vorlegen, aus dem sich ergibt, dass der Dritte entsprechend verfügbar ist.

Die in der europaweiten Bekanntmachung benannten Nachweise und Erklärungen zur Beurteilung der finanziellen, wirtschaftlichen oder technischen Leistungsfähigkeit müssen für die Dritten insoweit vorgelegt werden, als sich ein Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft, zum Nachweis der Eignung auf diese Ressourcen des Dritten beruft.

Soll im Hinblick auf den Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden, so ist vorgesehen, dass der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft und diese Unternehmen im Auftragsfall gemeinsam für die Auftragsausführung haften. Die Vergabestelle behält sich vor, in diesem Fall eine gesonderte Erklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung anzufordern, die innerhalb von sechs Kalendertagen vorzulegen ist.

Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche einschlägige berufliche Erfahrung (insbesondere Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

2.5 Kommunikation und Rückfragen

Der Auftraggeber stellt die Unterlagen im Projektraum auf dem Vergabeportal (DTVP – Deutsche Vergabeportal) in elektronischer Form den Beteiligten zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft / der Bieter / die Bietergemeinschaft den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut übersandt. Die Empfänger sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig und zu öffnen sind.

Der Auftraggeber nutzt für diese Vergabe eine Vergabeplattform (DTVP – Deutsche Vergabeportal). Fragen zu diesem Verfahren und den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über die genutzte Vergabeplattform zu richten. Telefonische Auskünfte werden aus Gründen der Gleichbehandlung nicht erteilt.

Interessenten sind gehalten, Fragen möglichst frühzeitig zu stellen.

Die Fragen werden möglichst zeitnah durch die Auftraggeber beantwortet und die Antworten allen Interessenten in anonymisierter Form zeitgleich über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Es wird darum gebeten, die Fragen so zu formulieren, dass diese zusammen mit den Antworten allen interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden können, ohne dass der Auftraggeber diese zwecks Anonymisierung umformulieren muss.

Alle Bewerber werden darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber über die Vergabeplattform mit den Interessenten kommuniziert. **Mitteilungen des Auftraggebers an die Interessenten / die Bewerber / die Bieter gelten als zugegangen,**

wenn diese in den Projektraum eingestellt werden (siehe hierzu die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Vergabeplattform). Interessenten/Bewerber/Bieter sind daher im eigenen Interesse gehalten, regelmäßig den Projektraum auf Mitteilungen des Auftraggebers zu kontrollieren, insbesondere wegen Beantwortung etwaiger Fragen sechs Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist / Angebotsfrist.

Für die elektronische Abgabe eines Teilnahmeantrags ist die vorherige Registrierung auf der Vergabeplattform erforderlich. Die frühzeitige Registrierung wird nachdrücklich empfohlen, da nur nach Registrierung eine Kommunikation über die Vergabeplattform erfolgen kann. Auch für die Angebotsphase muss sich der Bieter registrieren, da die Unterlagen der Angebotsphase über die Vergabeplattform in einem gesonderten Projektraum nur den zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften zur Verfügung gestellt werden.

Angaben, welche den Verfahrensleitfaden ergänzen oder berichtigen, gelten ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe als verbindliche Bestandteile des Verfahrensleitfadens.

2.6 Termine und Fristen

Die nachfolgend genannten Termine geben lediglich den derzeitigen Planungsstand wieder. Sie sind nicht verbindlich und können vom Auftraggeber jederzeit einseitig an die jeweiligen Umstände angepasst werden. Die teilnehmenden Unternehmen werden im Laufe des Verfahrens umgehend über etwaige Änderungen informiert.

- Bewerbungsfrist: **29.06.2026 / 10:00 Uhr**
- Aufforderung zur Angebotsabgabe (vrsl.): **direkt im Anschluss**

2.7 Objektsbesichtigung

Eine Objektbesichtigung ist im Teilnahmewettbewerb nicht vorgesehen.

2.8 Kostenerstattung und Entschädigung

Für die Erstellung des Teilnahmeantrags, der Angebote, etwaige Aufklärungsgespräche und etwaige Ortsbesichtigungen werden keine Vergütung oder Entschädigung gewährt.

2.9 Verfahrensänderungen

Der Auftraggeber behält sich vor, den Ablauf des Verfahrens zu jedem Zeitpunkt bei Vorliegen gewichtiger Gründe zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden. Über etwaige Änderungen wird der Auftraggeber alle Interessenten zeitgleich informieren. Bei der Entscheidung über Änderungen wird der Auftraggeber die allgemeinen vergaberechtlichen Grundsätze Wettbewerb, Gleichbehandlung und Transparenz beachten.

2.10 Sprache

Der Teilnahmeantrag, das Angebot, sämtliche beizubringenden Erklärungen und weitergehende Korrespondenz sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer anderen Sprache eingereicht wird, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzung beizufügen.

Arbeitssprache für die spätere Auftragsabwicklung ist deutsch.

3 Der Teilnahmeantrag

3.1 Frist / Ort für Teilnahmeanträge

Bewerber / Bürgergemeinschaften haben ihren Teilnahmeantrag entsprechend den Anforderungen gemäß der europaweiten Bekanntmachung und dieses Verfahrensleitfadens bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform (dort über das sog. Bieter-Tool) einzureichen.

Es werden nur Teilnahmeanträge berücksichtigt, die fristgerecht und auf elektronischem Wege über die Vergabeplattform (dort über das sog. Bieter-Tool) eingegangen sind.

3.2 Struktur und Form der Teilnahmeanträge

Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge einen Vordruck samt Erklärungsvordrucken erstellt, welche zwingend zu verwenden sind. Die Unterlagen können über die Vergabeplattform bezogen werden.

Eine Verweisung auf etwaige frühere Teilnahmeanträge des Bieters / der Bürgergemeinschaft beim Auftraggeber ist unzulässig.

Der Teilnahmeantrag ist elektronisch vollständig einzureichen.

Auf zusätzliche Anlagen ist im Teilnahmeantrag hinzuweisen.

3.3 Eigentum / Urheberrecht / Rückgabe

Die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bietern / Bietergemeinschaften vorgelegten Unterlagen, Erklärungen usw. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Die eingereichten Bewerbungs- und Angebotsunterlagen verbleiben zu Dokumentationszwecken bei dem Auftraggeber und werden dort gespeichert (siehe auch die Informationen zum Datenschutz). Ein Anspruch auf Rückgabe körperlich überlassener Dokumente besteht nicht.

Beabsichtigt der Bieter / die Bietergemeinschaft, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er / sie in seinem / ihrem Angebot darauf hinzuweisen. Ebenso ist im Angebot anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte des Bieters / der Bietergemeinschaft oder eines Dritten bereits bestehen oder beantragt sind.

3.4 Kennzeichnung von Geheimnissen

Die Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaften / die Bieter / die Bietergemeinschaften sind aufgefordert, die Teile des Teilnahmeantrags sowie des Angebots, die berechtigterweise ein Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich als ein solches zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann im Falle eines Rechtsbehelfsverfahrens nicht ausgeschlossen werden, dass ohne weitere Gewährung rechtlichen Gehörs die zur Entscheidung berufene Stelle die Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z. B. andere Teilnehmer oder Bieter) voraussetzt.

3.5 Weitere formale Anforderungen an die Teilnahmeanträge / Ausschlussgründe

3.5.1 Verspäteter Eingang

Ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge und Angebote, die bis zum Ablauf der gesetzten Frist dem Auftraggeber nicht vorgelegen haben, mit Ausnahme von solchen, die aus Gründen verspätet eingegangen sind, die vom Bewerber / Bieter / von der Bewerbungsgemeinschaft / Bietergemeinschaft nicht zu vertreten waren.

In diesem Zusammenhang soll auf die folgenden Punkte hingewiesen werden:

- Der Teilnahmeantrag / das Angebot ist über das sog. Bietertool einzureichen. Nur hierdurch ist die geforderte Verschlüsselung gewährleistet.
- Es gibt eine Größenbeschränkung für die Übermittlung der Dateianhänge, um deren Beachtung gebeten wird.
- Für die elektronische Übermittlung der Teilnahmeanträge / Angebote über das sog. Bietertool werden unterschiedliche Software und Softwareeinstellungen gefordert. Bitte informieren Sie sich frühzeitig vor Abgabe, ob die von Ihnen genutzte Technik diese Anforderungen erfüllt. Es wird empfohlen, die Abgabe des Teilnahmeantrags bereits einige Tage vor Fristablauf zu testen.
- Bitte planen Sie für die elektronische Übermittlung der Teilnahmeanträge / Angebote ebenfalls Zeit ein. Maßgeblich für die Fristbetrachtung ist der Eingang der Daten auf dem Server, nicht der Beginn des Versandes der Unterlagen.

3.5.2 Unzureichende Form

Ausgeschlossen werden auch Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht elektronisch über das vom Auftraggeber genutzte Vergabeportal eingereicht wurden.

3.5.3 Unvollständige Teilnahmeanträge / Angebote und Nachforderung

Ebenfalls werden Teilnahmeanträge und Angebote ausgeschlossen, die – auch nach Ablauf einer ggf. gesetzten Nachfrist – unvollständig sind. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Nachweise und Erklärungen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen innerhalb einer angemessenen Frist nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind über das Kommunikations-Tool im Projektraum zu übermitteln. Ein Anspruch des Bewerbers / Bieters / der Bewerbungsgemeinschaft / der Bietergemeinschaft auf Nachforderung fehlender Nachweise und Erklärungen besteht nicht. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorgaben von einer Nachforderung abzusehen. Jeder ist daher im eigenen Interesse gehalten, einen vollständigen Teilnahmeantrag bzw. ein vollständiges Angebot einzureichen.

3.5.4 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen/Mittelstandskartelle

Teilnahmeanträge und Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertragsverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

4 Vorzulegende Unterlagen und Mindestanforderungen

Interessenten, die sich am Verfahren beteiligen wollen, müssen die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise vorlegen:

4.1 Vorzulegende Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag sind vorzulegen:

1.	Vordruck Teilnahmeantrag	
2.	Vordruck 1: Schriftliche Unternehmensdarstellung / Firmenprofil	
3.	Vordruck 2: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB)	
4.	Vordruck 3: EU-Sanktionspaket 5 (Russland)	
5.	Vordruck 4: Eigenerklärung zum Umsatz	
6.	Vordruck 5: Eigenerklärung zu Beschäftigten	
7.	Vordruck 6: Referenzen	

Von **Bewerbergemeinschaften** sind mit dem Teilnahmeantrag für jedes Mitglied die unter Ziffer 2 bis Ziffer 7 genannten Unterlagen sowie zudem einzureichen:

11.	Bewerbergemeinschaftserklärung	
-----	--------------------------------	--

Auf Verlangen des Auftraggebers hat die Bewerbergemeinschaft innerhalb von sechs Kalendertagen die Gründe der Bildung der Bewerbergemeinschaft darzulegen.

Bei Einsatz von **Nachunternehmern / sonstigen Dritten, auf die der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Leistungsfähigkeit verweist**, sind für jeden Nachunternehmer / sonstiges Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag die Nachweise / Erklärungen unter den Ziffern 2 bis 5 sowie eine Verfügbarkeitserklärung des Nachunternehmens / sonstigen Dritten oder ein anderer Nachweis einzureichen, dass dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft die für den Auftrag erforderlichen Mittel des Dritten tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Beim geplanten Einsatz von **Nachunternehmern, auf die der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft nicht zum Nachweis der Leistungsfähigkeit verweist**, ist mit dem Teilnahmeantrag nichts einzureichen.

4.2 Anforderung an die Leistungsfähigkeit und Mindestanforderungen

Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft hat mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen:

- (1) Unternehmensdarstellung / Firmenprofil (Vordruck 1)
- (2) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen (Vordruck 2)
- (3) Eigenerklärung zu EU-Sanktionspaket Nr. 5 (Russland-Sanktionen, Vordruck 3)

- finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit –

- (4) Eigenerklärung zum Umsatz (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (Vordruck 4)

- technische und berufliche Leistungsfähigkeit -

- (5) Eigenerklärung zu den aktuell sowie in den letzten drei Kalenderjahren (2023, 2024, 2025) Beschäftigten untergliedert nach Qualifikation (Vordruck 5)

Mindestanforderung an die aktuelle Situation bei Ablauf Bewerbungsfrist:

- (a) mind. 3 Personen mit der Qualifikation Gruppenführer nach Feuerwehr Dienstvorschrift 2 (FwDV2) Ziffer 2.1
- (b) mind. 25 Personen mit der Qualifikation Truppmann nach Feuerwehr Dienstvorschrift 2 (FwDV2) Ziffer 4.1

Der Auftraggeber behält sich vor, entsprechende Nachweise im Teilnahmewettbewerb anzufordern.

- (6) Darstellung der Referenzen über vergleichbare Dienstleistungen seit 2023, mit Angabe insbesondere
 - aa) Name des Auftraggebers und Kontaktdaten
 - bb) Angabe des ausführenden Standorts des Bewerbers / Mitglieds der Bewerbergemeinschaft
 - cc) Zeitraum der Leistungserbringung
 - dd) Kurzbeschreibung des Umfangs der Referenz insbesondere mit Angaben zu den erbrachten Leistungen und der Vergleichbarkeit mit den zu vergebenden Leistungen

Mindestanforderungen:

- (a) Nachweis von mindestens drei Referenzen über die Erbringung von vergleichbaren Dienstleistungen im Bereich Sicherstellung vorbeugender Brandschutz durch Stellung von Brandsicherheitswachen

4.3 Auswahl von Bewerbern im Teilnahmewettbewerb

Bei ausreichender Anzahl geeigneter Bewerber werden 5 Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.

Die Bewerberauswahl erfolgt in einem dreistufigen Verfahren:

1. Es wird geprüft, ob der Teilnahmeantrag alle geforderten Angaben und Unterlagen enthält. Fehlende Angaben und Unterlagen sind auf Verlangen des Auftraggebers innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen. Teilnahmeanträge, die auch bei Ablauf der Nachfrist noch unvollständig sind, werden nicht berücksichtigt.
2. Es wird geprüft, ob der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft nach den von ihm/ihr eingereichten Angaben und Unterlagen grds. geeignet erscheint, die zu vergebenden Leistungen vertragsgerecht auszuführen.
3. Überschreitet die Anzahl geeigneter Bewerber die Anzahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden soll, wird eine differenzierte Eignungsprüfung vorgenommen, um den Bewerberkreis zu reduzieren. Diese Prüfung erfolgt anhand der Angaben zur Referenzlage des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft.

Es werden diejenigen Bewerber/Bewerbergemeinschaften am weiteren Verfahren beteiligt, die nach den vorgelegten Angaben/Unterlagen zur Referenzlage im Vergleich zu ihren Mitbewerbern in besonderer Weise geeignet erscheinen, die zu vergebenden Leistungen vertragsgerecht zu erbringen.

Es werden die folgenden Kategorien bewertet, wobei auch hier – wie oben – jeweils auf die Anzahl der Referenzeinsätze innerhalb eines Zeitraums von 12 Kalendermonaten ankommt:

Referenzen

5 Einsätze im o.g. Sinne:	0 Punkte (Mindestanf.)
ab 7 Einsätze im o.g. Sinne:	50 Punkte
ab 10 Einsätze im o.g. Sinne:	100 Punkte

Bei den vorgenannten Abstufungen erfolgt keine lineare Interpolation. Vielmehr greift der angegebenen Punktwert jeweils ab der erreichten Stufe.

Im Falle von Punktgleichheit erfolgt die Auswahl per Los.

5 Allgemeiner Hinweis zu den Vergabeunterlagen

Die in diesen Vergabeunterlagen enthaltenen Informationen sind, soweit schutzrechtsfähig und soweit sie nicht Informationen Dritter enthalten, Eigentum der Vergabestelle. Verwertung, Kopie sowie Weitergabe der Vergabeunterlagen sind nur im Rahmen der Erstellung eines Teilnahmeantrags sowie eines Angebotes und nur durch das die Vergabeunterlagen anfordernde Unternehmen zulässig. Einer darüber hinausgehenden Weitergabe und insbesondere der Verkauf von Vergabeunterlagen an Dritte gleich zu welchem Zweck sind nicht gestattet.

Sollten Sie die Vergabeunterlagen nicht direkt von der Vergabestelle bzw. über das vom Auftraggeber genutzte Vergabeportal erhalten haben, sondern über Dienstleister oder beauftragte Dritte, wird Ihnen eine Registrierung auf dem o.g. Vergabeportal und eine Teilnahme über v. g. Vergabeportal dringend empfohlen. Vergabeunterlagen können von der Vergabestelle geändert oder ergänzt werden, die Bieterkommunikation, die i.d.R. als einziges Kommunikationsmittel zugelassen ist, kann erläuternde Hinweise der Vergabestelle enthalten.

Einen verbindlichen und jeweils aktuellen Stand der Informationen zu diesem Vergabeverfahren finden Sie im Regelfall nur über das vom Auftraggeber genutzte Vergabeportal.

6 Angebotsphase und Zuschlagskriterien

In der Angebotsphase werden den Unternehmen weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Alle ausgewählten Bieter werden aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Maßgeblich für die Bestimmung des wirtschaftlichsten Angebots sind die folgenden Kriterien:

Kriterium 1: Kosten (Gewichtung: 60 %)

Es erfolgt die Bewertung des Honorars nach der linearen Interpolation, ausgehend vom niedrigsten Angebotsvergleichspreis, Spanne: 100 %, d.h. das Angebot mit dem niedrigsten Angebotsvergleichspreis erhält die volle Punktzahl; die übrigen Angebote werden entsprechend des Abstands prozentual niedriger bepunktet. Ein Angebot mit dem doppelten Angebotsvergleichspreis enthält also 0 Punkte. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

Kriterium 2: Projektbezogenes Konzept für die Westfalahallen einschließlich verantwortlichem Personal (Gewichtung: 40 %)

Der Bieter reicht mit dem Angebot ein projektbezogenes Konzept ein, in dem er zu den folgenden Aspekten Stellung nimmt:

a) Sicherstellung der kurzfristigen Verfügbarkeit von erfahrenen Mitarbeitern (Gruppenführer-Level) (innerhalb von 6 Tagen Vorlauf)

Es ist auf die folgenden Aspekte (keine Unterkriterien) einzugehen:

- Vorstellung eines flexiblen Personals-Pools, der in der Lage ist, ad hoc auf Krisensituationen zu reagieren.
- Beschreibung der Maßnahmen zur schnellen Mobilisierung von Mitarbeitern und zur Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft bei kurzfristiger Benachrichtigung.
- Beschreibung der Kommunikationsmöglichkeiten mit dem Personalpool zur Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft bei kurzfristiger Benachrichtigung.

b) Sicherstellungskonzept der kurzfristigen Verfügbarkeit von Mitarbeitern für Sondereinsätze (Krisensituationen) (weniger als 6 Tage Vorlauf)

Es ist auf die folgenden Aspekte (keine Unterkriterien) einzugehen:

- Vorstellung eines flexiblen Personals-Pools, der in der Lage ist, ad hoc auf Krisensituationen zu reagieren.
- Beschreibung der Maßnahmen zur schnellen Mobilisierung von Mitarbeitern und zur Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft bei kurzfristiger Benachrichtigung.
- Beschreibung der Kommunikationsmöglichkeiten mit dem Personalpool zur Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft bei kurzfristiger Benachrichtigung.

c) Schulungs- und Fortbildungskonzept für Mitarbeiter, die beim Auftraggeber eingesetzt werden sollen

Es ist auf die folgenden Aspekte (keine Unterkriterien) einzugehen:

- Detaillierte Darstellung des Schulungsprogramms für Mitarbeiter, einschließlich der Themenbereiche, Methoden und Frequenz der Schulungen.
- Beschreibung der Maßnahmen zur kontinuierlichen Weiterbildung, um sicherzustellen, dass Mitarbeiter über aktuelles Wissen und Fähigkeiten verfügen.
- Beschreibung der Qualitätssicherungsmaßnahmen

d) Qualifikationslevel der Hauptansprechperson (Projektleitung) für diesen Rahmenvertrag

Es ist auf die folgenden Aspekte (keine Unterkriterien) einzugehen:

- detaillierte Beschreibung der Ausbildung und Berufserfahrung der für den Auftrag verantwortlichen Hauptansprechperson, um sicherzustellen, dass sie über umfassende Kenntnisse im Bereich Brandsicherheitswachen verfügt.
- Auflistung relevanter Zertifizierungen oder Qualifikationen, die diese Hauptansprechperson besitzt.
- Beschreibung der bisherigen Erfolge und Leistungen dieser Hauptansprechperson im Bereich Brandsicherheitswache, einschließlich früherer Projekte oder Veranstaltungen, bei denen sie eine führende Rolle gespielt hat.
- Erwähnung von spezifischen Fähigkeiten oder Eigenschaften der Hauptansprechperson, die sie zu einem effektiven Kommunikator, Entscheidungsträger und Problemlöser machen, wie z.B. Führungsfähigkeiten, strategisches Denken und Flexibilität.
- Darstellung der Rolle der Hauptansprechperson im Rahmen des Vertragsmanagements, einschließlich ihrer Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Kommunikation mit dem Kunden, die Überwachung der Vertragserfüllung und die Lösung von Problemen oder Konflikten.

Die Gewichtung der jeweiligen Aspekte a) bis d) wird spätestens im Rahmen der Angebotsaufforderung nachgereicht.

7 Unklarheiten und Rechtsschutz

7.1 Unklarheiten

Die Bewerber / Bewerbergemeinschaften werden aufgefordert, den Verfahrensleitfaden sowie die EU-Bekanntmachung unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten und Widersprüche zu überprüfen.

Enthalten diese nach Auffassung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, die Inhalt oder Vollständigkeit des Teilnahmeantrags bzw. Angebots betreffen, so hat der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft den Auftraggeber umgehend darauf hinzuweisen. Der Hinweis muss über die Vergabepattform an die o.g. Kontaktstelle erfolgen.

7.2 Rügefristen

Die Fristen des § 160 Abs. 3 S. 1 Ziff. 1 bis 4 GWB sind zu beachten. Danach ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

7.3 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Zuständige Stelle für die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen ist die

Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster
Albrecht-Thaer-Straße 9
48147 Münster
Fax: + 49 251-411 2165